

Neudruck

Antrag

der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion und
der Fraktion DIE LINKE

Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg

Der Landtag stellt fest:

Die Digitalisierung verändert unsere ganze Gesellschaft und bringt enorme Umwälzungen in nahezu allen Wirtschafts- und Lebensbereichen mit sich. Sie ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern eine Steigerung der Lebensqualität, z. B. durch einen leichteren Zugang zu Informationen, eine effizientere Mobilität, eine flexiblere Arbeitswelt oder durch bessere medizinische Angebote und erweitert die Möglichkeiten der demokratischen Teilhabe. Durch veränderte Produktionsprozesse und Arbeitsorganisation bietet die Digitalisierung die Chance für ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum. Gleichzeitig stellt sie aber auch Staat, Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Wissenschaft vor große Herausforderungen und ist somit zu einer wichtigen Querschnittsaufgabe für Wirtschaft, Wissenschaft und Politik geworden. Um der Dynamik und Wirkungsbreite der Digitalisierung gerecht zu werden, bedarf es einer zeitgemäßen Digitalstrategie, um alle Akteure in Brandenburg auf diesen Strukturwandel einzustellen und ihn aktiv mitzugestalten.

Der Landtag möge beschließen:

- Der Landtag versteht die Digitalisierung als Gestaltungsaufgabe, die Wirtschaft, Politik und Gesellschaft gleichermaßen fordert.
- Um die Potenziale des digitalen Wandels zu erschließen, wird die Landesregierung gebeten, eine strategische Schnittstelle einzurichten, die ressortspezifische Aktivitäten verknüpft sowie die Zusammenarbeit vom Land mit Bund, Kommunen und der Wirtschaft koordiniert.
- Um eine klare, abgestimmte und umfassende Digitalisierungspolitik sicherzustellen, wird die Landesregierung gebeten, eine ressortübergreifende Digitalstrategie zu erarbeiten. Als Arbeitsprogramm fasst diese Zukunftsstrategie alle bisherigen Aktivitäten im Bereich Digitalisierung zusammen, setzt neue Ziele und definiert Handlungsfelder, in denen das Land Brandenburg direkten Einfluss nehmen kann:

1. Digitale Infrastruktur

- Intensiver Ausbau der Breitbandverkabelung, um schnellstmöglich in allen Regionen des Landes eine Versorgung von Privathaushalten, Unternehmen und öffentlichen Institutionen mit Internetanschlüssen mit mindestens 50 Mbit/s im Technologiemix sicherzustellen. Dabei ist eine aktive Mitwirkung des Bundes, der Kommunen und Telekommunikationsunternehmen weiterhin erforderlich. Parallel dazu erfolgt eine stufenweise bedarfsgerechte Realisierung der ultraschnellen Breitbandnetze. Im ersten Schritt sollen insbesondere Gewerbegebiete, Schulen und Gesundheitseinrichtungen direkt an das Glasfasernetz angeschlossen werden.
- Schaffung von Anreizen für die Mobilfunkbetreiber für eine weitere Erschließung des Landes mit leistungsfähigen mobilen Datennetzen und eine schnellstmögliche Etablierung des 5G-Standards.
- Ausbau drahtloser Internetzugänge im öffentlichen Raum mit dem Ziel, mittelfristig mehr freie WLAN-Hotspots auch in öffentlichen Gebäuden und öffentlichen Verkehrsmitteln zu schaffen.

2. Digitale Bildung

- Gezielte Einbeziehung von Schulstandorten in die weitere Förderung des Breitbandausbaus im Land Brandenburg.
- Analyse der gesamten Bildungskette von den Grundschulen und weiterführenden Schulen über die berufliche Bildung bis hin zu den Hochschulen unter Bezugnahme auf die geplante KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ sowie Entwicklung eines mittelfristig wirksamen Maßnahmenkatalogs zur kontinuierlichen Anpassung der Lerninhalte an die digitalen Entwicklungen.
- Dynamische und bedarfsgerechte Anpassung von Ausbildungsberufen über die IT-Wirtschaft hinaus und Formulierung neuer Ausbildungsprofile im regelmäßigen Dialog mit den Vertretern der Wirtschaft.
- Förderung von Blended-Learning-Konzepten in der beruflichen Bildung (aufbauend auf der Pilotierung der IHK-Cottbus „Berufsschule Online“).
- Förderung der digitalen Lehr- und Lernformen in der schulischen, beruflichen und Hochschulbildung und Einrichtung entsprechender landesweiter E-Learning-Plattformen. Zugleich sollen Maßnahmen zur Umsetzung von Open Access und von Open Educational Resources (OER) ergriffen werden.
- Phasenübergreifende Verankerung digitaler Kompetenzen in der Lehrerbildung durch entsprechende Ausbildungsangebote in allen Ausbildungsphasen sowie Weiterentwicklung der bestehenden Angebote in der Lehrerfortbildung.
- Förderung einer an die digitalisierte Welt angepassten IKT-Ausstattung in allen Bildungseinrichtungen.

3. Digitale Wirtschaft

- Informationskampagne Industrie 4.0 zur Sensibilisierung und Motivierung von kleinen und mittleren Unternehmen für die digitale Transformation (Nutzerorientierte Leitfäden, Beratungsangebote und regionale Veranstaltungen zur Bandbreite und konkreten Einsatzmöglichkeiten digitaler Technologien in der Industrie, Handwerk, Handel, Tourismus, Landwirtschaft etc.).
- Optimierung des Wissens- und Technologietransfers: Stärkere Einbindung von Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen bei der Integration digitaler Technologien in die betriebliche Praxis der Unternehmen (Strategieberatung, Schulungen, Umsetzungsbegleitung).
- Unterstützung der Vernetzung von Startups mit der etablierten Wirtschaft, um die Innovationskraft von Startups noch besser für die Digitalisierung in allen Wirtschaftsbereichen zu nutzen.
- Beratungsangebote für Unternehmen zur IT-Sicherheit und Datenschutz.
- Intensive internationale Vermarktung des Landes Brandenburg als IKT-Standort, um Niederlassungen ausländischer IT-Firmen zu gewinnen.

4. Digitale Daseinsvorsorge

- Unterstützung der Synchronisierung der Digitalisierungsstrategien von Verkehrspartnern im ÖPNV für die Entwicklung der echtzeitbasierten Verkehrs- und Fahrplaninformation der Fahrgäste, Einführung des automatisierten Ticketings, Schaffung intermodaler Verkehrslösungen (ÖPNV, Car- und Bikesharing, Sammeltaxen, Mitfahrbörsen).
- Vorantreiben der digitalen Vernetzung der Akteure im Gesundheits- und Pflegewesen untereinander sektoral und regional. Förderung der Entwicklung und Umsetzung intra- und intersektoraler Innovationsprojekte in Telemedizin und E-Health, vor allem im ländlichen Raum.

5. Digitaler Staat und E-Government

- Erarbeitung eines E-Government-Gesetzes, um die Verwaltungsmodernisierung weiter voranzutreiben und die behördlichen Prozesse bürgerfreundlicher, effizienter und kostengünstiger zu machen. Mittelfristiges Ziel ist ein orts- und zeitunabhängiger Zugang zur Verwaltung für Bürger und Unternehmen. Mit der barrierefreien Gestaltung von E-Government-Angeboten muss sichergestellt werden, dass diese auch von Menschen mit Behinderungen genutzt werden können.

Voraussetzung für ein effizientes und nutzerfreundliches digitales Dienstleistungsangebot für Bürger und die Wirtschaft sind gute interne Ebenen übergreifende digitale Geschäftsprozesse im Bereich der öffentlichen Verwaltung unter Einbindung bereits bestehender Fachverfahren.

- Entwicklung einer Open-Government-Strategie auf Basis der Erfahrungen anderer Länder und des Bundes.

- Die Umsetzung der Digitalstrategie ist ein stetiger Prozess, der einer ständigen Anpassung an die aktuellen Entwicklungen bedarf. Die Landesregierung wird deshalb hierzu einen kontinuierlichen Dialog mit den zentralen Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften und Verbänden führen und sie an der Entwicklung, Umsetzung und Fortschreibung der Digitalstrategie beteiligen.
- Die Landesregierung berichtet dem Landtag im 2. Quartal 2017 über die unternommenen Schritte und den Stand der Entwicklung der Digitalstrategie.
- Der Landtag Brandenburg hat sich bereits mehrfach mit Teilaspekten der Digitalisierung befasst und entsprechende Beschlusslagen herbeigeführt (Drucksache 6/4288-B „Medienkompetenz der Eltern weiter stärken“, Drucksache 6/4213-B „Medienkompetenz an Schulen weiter stärken“, DS 6/3104-B „Digitalisierung der Wirtschaft - Chancen und Potenziale Brandenburgs nutzen“). Da die Berichtsinhalte wesentliche Teilaspekte dieses Antrages umfassen, bittet der Landtag die Landesregierung in Abänderung der genannten Beschlüsse, die Berichterstattungen im Rahmen und als Teil des Berichtes über den Stand und die Entwicklung der Digitalstrategie vorzunehmen.

Begründung:

Digitalisierung ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die nahezu alle Lebensbereiche betrifft. Gleichzeitig bietet der digitale Wandel große Chancen, den Wohlstand und die Lebensqualität in Brandenburg weiter zu steigern und somit die Zukunftsfähigkeit des Landes zu sichern. Die brandenburgische Landesregierung soll sich daher der Aufgabe Digitalisierung aktiv stellen, frühzeitig für notwendige Rahmenbedingungen sorgen und das Land strategisch an dem rasanten digitalen Strukturwandel ausrichten, damit alle Menschen in Brandenburg an der Digitalisierung teilhaben können. Die Digitalstrategie wird dabei helfen, die Kräfte aller Beteiligten zu bündeln, Ressourcen effizienter einzusetzen und so für unser Land und seine Menschen den größtmöglichen Nutzen aus der Digitalisierung zu ziehen.

Mike Bischoff
für die SPD-Fraktion

Ingo Senftleben
für die CDU-Fraktion

Ralf Christoffers
für die Fraktion DIE LINKE